



Gewalt sicht- und belegbar machen

Daniel Frey. **Als Reaktion auf die alltäglichen Angriffe auf queere Personen fordern die LGBTQ-Verbände einen nationalen Aktionsplan. Nationalrat Angelo Barrile (SP) reichte im Parlament ein Postulat ein, das die Erarbeitung eines solchen Plans vom Bundesrat verlangt. Der neueste Angriff in Genf zeigt die Dringlichkeit, Massnahmen zu ergreifen.**



Die Körper mit roter Farbe verschmiert. Aktion von Aktivist* in Bern gegen die Gewalt an Queermenschen. Bild: zVg

Kürzlich wurde ein neuer Fall eines schlimmen Angriffs publik. Miruh war im Zug in Genf unterwegs, als er von drei Männern angepöbelt und beschimpft wurde. «Sie stuften mich wohl aufgrund meines Outfits als schwach und schwul ein, beschimpften mich und stahlen meine Tasche. Ich lief ihnen hinterher, worauf sie auf mich einschlugen, bis meine Nase blutete», beschreibt Miruh den Angriff. «Es war ein traumatisches Erlebnis. Ich will, dass niemand mehr angegriffen wird – nur weil man nicht ganz cis-hetero aussieht!»

Auch verinnerlichte Queerfeindlichkeit

Obwohl medial meist Angriffe auf Schwule diskutiert werden, so betreffen sie leider auch lesbisch, bisexuelle und Trans-Personen. Alecs Recher, der die Rechtsberatung von Transgender Network Switzerland leitet, hört von seinen Klient*innen regelmässig davon: «Die meisten unserer Klient*innen haben Gewalt erlebt, weil sie trans sind. Sei es zuhause oder im öffentlichen Raum, sobald man als trans bekannt oder



erkennbar ist, kann es gefährlich werden.» Queerfeindlichkeit bezeichnet die Diskriminierung von queeren Menschen. Dies zeigt sich zum Beispiel durch Ablehnung, Wut, Intoleranz, Vorurteile, Unbehagen oder körperliche bzw. psychische Gewalt gegenüber queeren Menschen. Es kann aber auch Menschen treffen, die als queer wahrgenommen werden oder die (scheinbar) von den gesellschaftlichen Regeln und Normen zu Sexualität und Geschlecht abweichen. Als internalisierte Queerfeindlichkeit wird Feindlichkeit bezeichnet, die gegen die eigene Queerness und damit gegen sich selbst gerichtet ist. Dies passiert oft in einer queerfeindlichen Umgebung und/oder vor dem eigenen inneren Coming out.

Griffige Massnahmen fehlen

Seit mehreren Jahren werden Feindlichkeit und Hate Crimes an lesbischen, schwulen, bisexuellen und Trans-Personen breit diskutiert. Trotzdem fehlen in der Schweiz auf allen Ebenen griffige Massnahmen gegen LGBTIQ-feindliche Hate Crimes und Queerfeindlichkeit generell. Die Schweizer LGBTIQ-Verbände forderten deshalb zum diesjährigen «International Day Against Homophobia, Biphobia, Interphobia and Transphobia» vom 17. Mai einen nationalen Aktionsplan zur Unterstützung und zum Schutz gewaltbetroffener Personen.

In der Schweiz sind LGBTIQ-Personen bisher nicht vor Hassverbrechen geschützt – auch deshalb, weil das Ausmass dieser Verbrechen unbekannt ist. Aus diesem Grund werden in den 13 Kantonen Aargau, Baselland, Basel-Stadt, Bern, Zürich, Solothurn, St. Gallen, Tessin, Neuenburg, Jura, Wallis, Waadt und Freiburg Vorstösse zur statistischen Erfassung von Hate Crimes und der entsprechenden Bildung von Polizist*innen eingereicht.

Mehrfach höhere Suizidalität

Durch internationale Studien wissen wir, dass die Anzahl der Hate Crimes sehr hoch ist. In Frankreich wurde eine neue Studie veröffentlicht, welche bei Angriffen gegen Schwule einen Anstieg um zwanzig Prozent verzeichnet. Das hat Folgen bei den Betroffenen, zum Beispiel eine mehrfach höhere Suizidalität bei LGBTI-Personen.

Im soeben veröffentlichten europäischen Vergleich fällt die Schweiz bei den Rechten von LGBTIQ-Menschen um fünf Plätze nach hinten auf den sehr schlechten Platz 27 von 49. Im Bereich «Hate Crime /

Hate Speech» wird kein einziges Kriterium erreicht. Das heisst, lesbische, schwule, bisexuelle, Trans- und Inter-Personen sind in keiner Weise vor Hassverbrechen geschützt. «Trotz all dieser Probleme tun sich die Politik und Behörden sehr schwer, das Thema endlich anzugehen. Zusätzlich fehlt auch jegliche Prävention, da keine Mittel dafür zur Verfügung stehen», sagt Roman Heggli, Geschäftsleiter von Pink Cross.

Es fehlen Statistiken

Ein Grund für die Unfähigkeit der Politik und Behörden sind die fehlenden Statistiken zu Hate Crimes aufgrund der sexuellen Orientierung, der Geschlechtsidentität, der Geschlechtsmerkmale oder des Geschlechtsausdrucks. Bereits im Jahr 2015 erkannte Nationalrätin Rosmarie Quadranti das Problem und forderte in einem Vorstoss im Nationalrat die statistische Erfassung dieser Hate Crimes. Aufgrund des Widerstands aus den Kantonen wurde diese Forderung jedoch zurückgewiesen.

Doch eine offizielle statistische Erfassung ist dringend notwendig: «Bei unserem internen Monitoring werden pro Woche zwei Fälle von Hate Crimes gemeldet, doch die Dunkelziffer ist enorm hoch. Zusätzlich fällt auf, dass die Angriffe kaum bei der Polizei gemeldet werden oder die Personen von der Polizei nicht ernst genommen werden», zeigt Roman Heggli auf. Um die Erfassung zu gewährleisten, ist entsprechend auch eine Aus- und Weiterbildung der Polizist*innen in diesem Bereich notwendig. Da diese ebenfalls in der Kompetenz der Kantone liegt, fordern die kantonalen Vorstösse auch dazu Massnahmen.

Durch diese Statistiken und Sensibilisierungsmassnahmen soll ermöglicht werden, dass das Ausmass der LGBTIQ-feindlichen Gewalt sichtbar und belegbar wird. Erst dadurch kann endlich aktiv gegen Hate Crimes an lesbischen, schwulen, bisexuellen, Trans- und Inter-Menschen vorgegangen und ihre Lebenssituation verbessert werden.

Breite Unterstützung im Nationalrat

Die Forderung des «International Day Against Homophobia, Biphobia, Interphobia and Transphobia», einen nationalen Aktionsplan zur Unterstützung und zum Schutz gewaltbetroffener Personen zu schaffen, wurde von SP-Nationalrat Angelo Barile aufgenommen. Mit breiter Unterstützung von Nationalrät*innen aus SP, Grünen, GLP, BDP, CVP

vorwärts

die sozialistische zeitung.

Vorwärts
8036 Zürich
044/ 241 66 77
www.vorwaerts.ch/

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 1'200
Erscheinungsweise: 21x jährlich



Seite: 6
Fläche: 78'141 mm²

Auftrag: 3005761
Themen-Nr.: 135.002

Referenz: 77690861
Ausschnitt Seite: 3/3

und FDP reichte er ein entsprechendes Postulat ein. Angelo Barrile sagt dazu: «Ich selbst habe schon Gewalt erfahren müssen, als ich mit meinem Partner in Zürich unterwegs war. Solche Erfahrungen sind für LGBTIQ-Personen leider alltäglich – das muss sich ändern! Der Bundesrat ist gefordert, nun endlich griffige Massnahmen auf allen Ebenen zu beschliessen.» Der von Barrile geforderte Aktionsplan soll in Zusammenarbeit mit den Kantonen und Gemeinden sowie mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und Expert*innen erarbeitet und umgesetzt werden.